

## **Ermittlungen gegen linke Szene**

# **Offener Brief der Freiburger Grünen**

**Acht Stadträte der Grünen kritisieren in einem Brief an den Leiter der Polizeidirektion Heiner Amann das Vorgehen gegen die linke Szene. Das Schreiben im Wortlaut auf [Badische-Zeitung.de](http://www.badische-zeitung.de).**

Sehr geehrter Herr Leitender Polizeidirektor Amann,

am Samstag, den 13.12.2008, fand in den Nachmittagsstunden eine nicht angemeldete Demonstration in der Freiburger Innenstadt gegen die Verschärfung des Demonstrationsrechts in Baden-Württemberg statt. Ca. 2.500 Personen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen haben an dieser Protestaktion teilgenommen, unter anderem auch einige der unterzeichnenden Personen.

Die Demonstration verlief friedlich mit dem Ergebnis, dass der Anlass für den Protestmarsch – die Verschärfung des Demonstrationsrechts - und nicht die Aktion selbst im Vordergrund stand. Sowohl Demonstranten wie auch Polizei haben deeskalierend gehandelt, indem sie sich im Vorfeld, wie auch am Tag der Demonstration selbst, über den Ablauf verständigen konnten. Dieses gemeinsame Handeln und die Absprachen haben wir sehr begrüßt.

Anfang März 2009 haben wir aus dem Umfeld der KTS erfahren, dass die Polizei gegen die damaligen Gesprächspartner, bzw. gegen die Vorstände des KTS-Vereins, Ermittlungsverfahren eingeleitet hat. Für dieses Vorgehen der Freiburger Polizeidirektion haben wir überhaupt kein Verständnis und schließen uns hiermit der Forderung an, die Ermittlungsverfahren sofort wieder einzustellen.

In mehreren Gesprächen mit der Polizei haben wir in der Vergangenheit zu verstehen gegeben, dass wir uns wünschen, die traditionell liberale Freiburger Linie der Polizei beizubehalten. Ermittlungen gegen die Vorstände der KTS Ini e.V. zerstören Vertrauen, das sich durch den Verlauf der Demonstration am 13.12.2008 aufgebaut hatte. Wir vermuten sogar, dass diese Ermittlungen sich im Widerspruch zu den Vereinbarungen zwischen Polizei und Demonstranten befinden. Die liberale Freiburger Polizeilinie basiert aber auf Verlässlichkeit und Vertrauen zwischen den Handelnden.

Aus einem weiteren Grund halten wir Ihr Vorgehen gegen Vorstände der KTS Ini e.V. für inakzeptabel: Seit Jahren arbeiten Vertreter der KTS, des Kulturrats und der Bahn zusammen, um Probleme im Umfeld der KTS zu klären. Diese Kooperation funktioniert unseres Wissens nach nicht immer reibungslos, aber sie funktioniert und sie ist verlässlich. Wir werden es in unserer kommunalpolitischen Arbeit nicht akzeptieren, dass von Seiten der Polizei unnötiger Sand in dieses funktionierende Getriebe gestreut wird.

Wir waren auch irritiert über Ihre Äußerungen, die am Samstag, den 14. März, in der Badischen Zeitung wiedergegeben wurden: "Der Großdemonstration am Montag, den 30.

März, (...) sieht Amann mit Skepsis entgegen. (...) Alle Versuche der Polizei, einen Ansprechpartner zu finden, seinen zurück gewiesen worden. (...) Wir müssen von einer unfriedlichen Versammlung ausgehen."

Zum einen müssen Sie es sich selbst zuschreiben, wenn die zuvor geknüpften Kontakte durch ihre Ermittlungsverfahren gegen die KTS gekappt sind. Zum anderen ist es einer Deeskalation wenig dienlich, wenn Sie Angst und Schrecken vor der Demonstration am 30.03.2009 verbreiten.

Das Militärbündnis NATO wird von vielen Menschen auch heute noch kritisch betrachtet. Wenn die eine Seite das Bündnis hochleben lässt, ist es zwangsläufig und legitim, dass die andere Seite ihre Kritik äußert. Viele Menschen werden auf der Demonstration am Montag, den 30.03.2009, ihre Meinung öffentlich kundtun.

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie alles tun, damit diese Demonstration möglichst komplikationslos stattfinden kann - auch wenn sie nicht angemeldet ist. Und wir erwarten von beiden Seiten Kommunikation, Kooperation und den Verzicht auf jegliche Gewalt.

Die Mehrzahl der Unterzeichnenden wird als Beobachterinnen und Beobachter auch an dieser Demonstration teilnehmen und erwartet einen friedlichen Verlauf.

Mit freundlichen Grüßen

Pia Federer  
Gerhard Frey  
Axel de Frenne  
Dr. Maria Hehn  
Claudia Simon  
Helmut Thoma  
Maria Viethen  
Birgit Woelki

Wir werden über die Stadtverwaltung Einsicht verlangen in die Auflagen des Amts für Öffentliche Ordnung für die Demonstration am 30.03.2009.

Dieser Brief geht zur Kenntnis an den Oberbürgermeister und die regionalen Medien.

<http://www.badische-zeitung.de/freiburg/polizei-wehrt-sich-gegen-vorwuerfe-der-gruenen-stadtraete>

## **Polizei wehrt sich gegen Vorwürfe der Grünen-Stadträte**

**Ein offener Brief mit Folgen: Acht Stadträte der Grünen haben in einem Schreiben das Vorgehen der Freiburger Ermittler gegen die linke Szene kritisiert. Jetzt schießt der Leiter der Polizeidirektion zurück. Und auch von Seiten der CDU hagelt es Vorwürfe.**

Die CDU-Gemeinderatsfraktion attestiert den grünen Ratskollegen eine seltsame Rechtsauffassung, "wenn sie die Einstellung der Ermittlungen gegen Mitglieder der linken Szene wegen des Verdachts der Begehung von Straftaten fordern", so der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Berthold Bock, der das Polizeirevier Breisach leitet. "Gerade die Juristen unter den Grünen müssen wissen, dass für die Polizei Strafverfolgungszwang besteht und nur die Staatsanwaltschaft unter Beachtung rechtsstaatlicher Kriterien ein Verfahren einstellen kann."

Ins gleiche Horn bläst Amann: Wenn Straftaten – in diesem Fall ein Verstoß gegen das Versammlungsgesetz und Landfriedensbruch – im Raum stünden, könne man von der Polizei nicht verlangen, dass sie die Augen verschließe. "Landfriedensbruch ist für mich kein Kinkerlitzchen, sondern eine schwerwiegende Straftat."

In dem offenen Brief hatten die grünen Stadträtinnen und Stadträte Pia Federer, Gerhard Frey, Axel de Frenne, Maria Hehn, Claudia Simon, Helmut Thoma, Maria Viethen und Birgit Woelki (nicht unterschrieben haben die Fraktionsmitglieder Lioba Grammelspacher, Eckhart Friebis und Per Klabundt sowie Sebastian Müller von Junges Freiburg) den Polizeichef aufgefordert, die Ermittlungen gegen drei Mitglieder der linken Szene einzustellen – die BZ berichtete. Diese waren im Zuge der Demonstration am 13. Dezember 2008 in der Innenstadt ins Visier der Polizei geraten. Im Hinblick auf die Demo der Nato-Gipfel-Gegner am 30. März in der Innenstadt sei dies "ein Versuch, die Polizei an den Pranger zu stellen und sie vorab zum Schuldigen zu machen", klagt Amann: "Das Schreiben dient nicht der Deeskalation, weil es gewaltbereitem Potenzial zur Absicherung dient."

Dass die Initiatoren der Demo gegen den Nato-Gipfel am 30. März wegen der Ermittlungen der Polizei jegliche Kooperation und die Anmeldung der Protestveranstaltung verweigern, ist für Amann Indiz für einen "unfriedlichen" Ablauf. "Wir können nicht ausschließen, dass es zu Gewalttätigkeiten kommen kann." Um mit gutem Beispiel voranzugehen und "Kommunikation, Kooperation und Gewaltverzicht selbst vorzuleben", schlägt die CDU den Unterzeichnern des Briefes vor, die Demo selbst anzumelden.